

1 36/II/2018

2 SPD-Unterbezirk Oder-Spree

3 Der Landesparteitag möge beschließen:

4

5 **Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für**
6 **Beamte**

7 Der SPD-Landesverband Brandenburg befürwortet
8 die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung
9 für zukünftige Beamte. Die SPD-Landtagsfraktion
10 wird aufgefordert, mit dem Koalitionspartner eine
11 gesetzliche Neuregelung dahingehend vorzubereiten,
12 dass zukünftige Beamte in Brandenburg anstelle eines
13 Anspruchs auf Beihilfe (neben der privaten Kranken-
14 versicherung) auch einen entsprechenden Anteil des
15 Beitrags zur freiwilligen gesetzlichen Krankenver-
16 sicherung erstattet bekommen können. So werden
17 die finanziellen Nachteile für Beamte, die freiwillig
18 gesetzlich versichert sind, ausgeglichen und das Land
19 spart für diese Beamten die Beihilfeausgaben.

20

21 **Begründung**

22 Ziel der SPD ist die Einführung einer Bürgerversiche-
23 rung. Als ein Schritt in diese Richtung sollte das Land
24 Brandenburg die Benachteiligung der Gesetzlichen
25 Krankenversicherung bei Beamten abschaffen.

26

27 Beamte sind in der Regel privat krankenversichert, da
28 dies für sie finanziell günstiger ist. Je nach Familien-
29 stand müssen Sie (bzw. ihre Angehörige) sich nur zu 20
30 bis 50 Prozent privat krankenversichern, da die übrigen
31 50 bis 80 Prozent der Gesundheitsfürsorgekosten durch
32 die Beihilfe getragen werden. Freiwillig gesetzlich
33 versicherte Beamte müssen derzeit jedoch den vollen
34 GKV-Beitrag (15,5 Prozent des Einkommens, bis 660
35 Euro pro Monat bei einem Bruttoeinkommen von 4425
36 Euro) selber zahlen – ohne einen Anspruch auf Beihilfe
37 oder Ähnliches.

38

39 Ein vergleichbares Gesetzesvorhaben wird derzeit in
40 Hamburg beraten.

Erledigt